

Sicherheitsdienstleistungsvertrag

Zwischen

Stadt Mülheim an der Ruhr

Sicherheitstechnischer Dienst

Löhstr. 22-26

45468 Mülheim an der Ruhr

- Nachstehend „Auftraggeberin“ genannt –

und der Firma

- Nachstehend „Auftragnehmer*in“ genannt –

wird nachfolgender Vertrag abgeschlossen:

§ 1 Vertragsgegenstand

(1) Die Auftraggeberin beauftragt den/die Auftragnehmer*in mit der Durchführung der in den Ausschreibungsunterlagen genannten und geforderten Sicherheitsdienstleistungen. Dieser Vertrag ist ein Rahmenvertrag. Abrufe erfolgen durch Einzelaufträge auf Basis des Angebots vom **XX**.

Art und Umfang der von dem Sicherheitsdienstleister zu erbringenden Leistungen werden durch diesen Vertrag bestimmt.

Die Auftraggeberin behält sich das Recht vor, den Umfang des Personaleinsatzes bedarfsgerecht anzupassen.

(2) Vertragsbestandteile

Folgende Unterlagen und Bestimmungen sind in Ergänzung der Regelungen dieses Vertrages Bestandteile des Vertragsverhältnisses:

Anlage 1: Leistungsverzeichnis

Anlage 2: Preisblatt

Anlage 3: Ausführungen des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin bzgl. der Zuschlagskriterien

Anlage 4: Angebot des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin

Anlage 5: Besondere Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen

Anlage 6: Allgemeine Vertrags- und Zahlungsbedingungen der Stadt Mülheim an der Ruhr

Anlage 7: Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)

§ 2 Vergütung

- (1) Die Höhe des Entgelts richtet sich nach dem angebotenen Preis lt. Preisblatt auf der Grundlage des Angebots vom **XX**. Es werden ausschließlich die tatsächlich und vertragsmäßig geleisteten Stunden vergütet.
- (2) Mit dem vereinbarten Preis werden alle Leistungen und sämtliche im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehenden Aufwendungen des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin abgegolten.
- (3) Die Rechnungsstellung erfolgt monatlich in digitaler Form. Es sind für jeden Auftrag einzelne Rechnungen auszustellen, soweit die Auftraggeberin nichts Abweichendes fordert.
- (4) Nach Eingang der Rechnungen sind diese innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen. Rechnungen sind mit einer Zahlungsfrist von mindestens 21 Kalendertagen zu versehen. Die Frist verlängert sich, sollte die Rechnung fehlerhaft sein, um die Zeit bis zur Stellung der korrigierten Rechnung.

§ 3 Lohngleitklausel

Ändern sich nach Abschluss dieses Vertrages die Lohntarifverträge oder die Rahmentarifverträge in dem anzuwendenden Tarifvertrag und/oder die gesetzlichen Sozialleistungen (lohngebundene Kosten), so ändern sich die festgesetzten Preise entsprechend. Der/Die Auftragnehmer*in hat Änderungen rechtzeitig bei der Auftraggeberin anzuzeigen und die Änderung des Stundensatzes entsprechend transparent darzustellen.

§ 4 Gewährleistung

Der/die Auftragnehmer*in gewährleistet die vertragsgemäße Erfüllung der von ihm/ihr im Rahmen des Vertrages zu erbringenden Leistungen.

§ 5 Geheimhaltung

- (1) Der/die Auftragnehmer*in verpflichtet sich, über den Inhalt dieser Vereinbarung und über alle ihm/ihr während seiner/ihrer Tätigkeit für die Auftraggeberin bekannt gewordenen Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse und alle ihm/ihr bekannt gewordenen sonstigen geschäftlichen bzw. betrieblichen Tatsachen, auch nach Beendigung dieses Vertrages, Stillschweigen zu bewahren.
- (2) Der/die Auftragnehmer*in wird sein/ihr Sicherheitspersonal bzw. Dritte ebenfalls zu dieser Geheimhaltung verpflichten.

(3) Der/die Auftragnehmer*in verpflichtet sich, alle ihm/ihr von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Geschäfts- und Betriebsunterlagen, einschließlich eigener Aufzeichnungen, sorgfältig aufzubewahren, vor jeder Einsichtnahme durch Dritte zu schützen und auf Verlangen jederzeit an die Auftraggeberin zu übergeben. Bei Vertragsbeendigungen sind sämtliche Unterlagen unverzüglich unaufgefordert an die Auftraggeberin auszuhändigen.

Der/die Auftragnehmer*in ist nicht berechtigt, an solchen Unterlagen ein Zurückhaltungsrecht geltend zu machen.

(4) Der/die Auftragnehmer*in verpflichtet seine/ihre Sicherheitskräfte zur Beachtung der Folgeschriften des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), insbesondere sind die Sicherheitskräfte auf das Datengeheimnis zu verpflichten.

Der/die Auftragnehmer*in und seine/ihre Erfüllungsgehilfen sind insbesondere verpflichtet, geschützte personenbezogene Daten weder Unbefugten bekannt, noch zugänglich zu machen oder anderweitig zu benutzen. Diese Verpflichtungen bestehen auch nach Beendigung der Tätigkeit im Rahmen dieses Vertrages weiter.

§ 6 Haftung

(1) Die Haftung des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin für Schäden, die von ihm/ihr selbst, seinen/ihren gesetzlichen Vertretern oder seinen/ihren Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursacht werden, ist auf die in diesem Vertrag genannten Höchstsummen beschränkt, wenn nicht wegen schuldhafter Verletzung wesentlicher Vertragspflichten gehaftet wird.

(2) Der/die Auftragnehmer*in haftet über die Haftungshöchstgrenze lt. diesem Vertrag hinaus für Schäden, die durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin selbst, seiner/ihrer gesetzlichen Vertreter oder seiner/ihrer Erfüllungsgehilfen verursacht worden sind.

(3) Die Haftung des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin bei leichtfahrlässiger Schadensverursachung ist ebenfalls der Höhe nach auf die in diesem Vertrag genannten Höchstsummen beschränkt.

(4) Die Höchstsummen betragen:

€ 4.000.000,00 für Personenschäden

€ 3.000.000,00 für Sachschäden

€ 600.000,00 für das Abhandenkommen bewachter Sachen

€ 600.000,00 für reine Vermögensschäden

€ 400.000,00 für Schäden aus Verletzung des Datenschutzes

(5) Der/Die Auftragnehmer*in übernimmt die alleinige Verantwortung für die sorgfältige, fachgerechte und vorschriftsgemäße Ausführung der unter diesem Vertrag geschuldeten Leistungen für sich selbst und für das von ihm/ihr eingesetzte Sicherheitspersonal.

Die mangelhafte Ausführung der Leistungen unter diesem Vertrag ist durch die Auftraggeberin unverzüglich nach Kenntnis schriftlich zu melden.

§ 7 Freistellung von Ansprüchen Dritter

Der/die Auftragnehmer*in verpflichtet sich, die Auftraggeberin für Schäden, die aus den Tätigkeiten des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin oder seines/ihrer Sicherheitspersonals entstehen und etwaigen Ersatzansprüchen Dritter freizustellen.

§ 8 Vertragslaufzeit und Kündigung

(1) Der Vertrag beginnt zum 01. September 2026 und hat eine Laufzeit von zwei Jahren, bis zum 31. August 2028. Der Vertrag kann bis zu 2 Mal um 1 Jahr verlängert werden, sofern dies drei Monate vor Ablauf des regulären Vertragsendes durch die Auftraggeberin schriftlich mitgeteilt wird. Der Vertrag endet in jedem Fall spätestens zum 31. August 2030.

(2) Das maximale Auftragsvolumen (Höchstwert) für die gesamte Vertragslaufzeit beträgt 72.500 Einsatzstunden.

Mit Erreichen dieses Höchstwertes, durch die Summe der Einzelabrufe, endet der Rahmenvertrag automatisch, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Der/Die Auftragnehmer*in ist verpflichtet, die Auftraggeberin zu informieren, sobald 90% des Höchstwertes erreicht sind.

Die Vorschriften des § 132 GWB bleiben hiervon unberührt.

(3) Die Auftraggeberin verpflichtet sich zu einem Mindestauftragsvolumen (Mindestabnahme) für die gesamte Vertragslaufzeit von 40.000 Einsatzstunden.

(4) Das Recht der außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt. Die Auftraggeberin kann den Vertrag insbesondere mit sofortiger Wirkung kündigen, wenn:

- Über das Vermögen des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist.
- Wenn der/die Auftragnehmer*in seinen/ihren vertraglichen Verpflichtungen zur Erfüllung der übernommenen Wachaufgaben, zum ausschließlichen Einsatz von geeigneten und überprüftem Wachpersonal, zur Abstellung von Mängeln oder von Leistungen aus der Haftpflicht nicht nachkommt.

(5) Die Auftraggeberin kann den Vertrag mit sofortiger Wirkung fristlos kündigen, falls der/die Auftragnehmer*in der Verpflichtung nach der Bestimmung gemäß § 2 Abs. 1 bis 4 des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW (TVgG-NRW) schuldhaft nicht nachkommt.

§ 9 Leistungen

(1) Der/Die Auftragnehmer*in ist verpflichtet die Leistungen sach- und fachgerecht unter Berücksichtigung einschlägiger gesetzlicher und behördlicher Bestimmungen (inkl. Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften), insbesondere auch unter Einhaltung der DIN- und DIN EN-Vorschriften, Wach- und Sicherheitsdienstleistungen betreffend, zu erbringen.

(2) Der/Die Auftragnehmer*in sichert zu, dass das eingesetzte Personal sämtliche gesetzlichen und vertraglichen Anforderungen erfüllt, die mit der Durchführung der übertragenen Aufgaben notwendig sind. Auf Verlangen der Auftraggeberin sind die entsprechenden Bescheinigungen, Genehmigungen, etc. zur Sicherstellung der notwendigen Qualifikation des eingesetzten Personals vorzulegen.

(3) Der/Die Auftragnehmer*in hat die zur Auftragserfüllung notwendige technische Ausrüstung kostenneutral zu beschaffen, zur Verfügung zu stellen und zu verwenden.

(4) Vorfälle jeglicher Art sind durch den/die Auftragnehmer*in der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 10 Sonstiges

(1) Die Nutzung sowie der Austausch möglicher Nachunternehmer*innen bedarf in jedem Fall der vorherigen Zustimmung der Auftraggeberin. Eine Ablehnung des/der Nachunternehmer*in ist nur mit sachlichem Grund möglich.

(2) Der/Die Auftragnehmer*in erklärt ausdrücklich, dass er/sie kein Personal illegal beschäftigt und dass kein Verstoß gegen

- das Arbeitsförderungsgesetz (SGB III),
- das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG),
- das Gesetz zur Bekämpfung von Schwarzarbeit (SchwarzArbG) und
- das Gesetz zu Tariftreue (TVgG)

vorliegt.

(3) Die Auftraggeberin stellt unentgeltlich die für die Tätigkeit notwendigen Arbeitsstätten, Aufenthaltsräume sowie sanitäre Einrichtungen zur Verfügung.

(4) Gerichtsstand ist das für die Auftraggeberin zuständige Amts- oder Landesgericht.

(5) Änderungen dieses Vertrages und des Leistungsverzeichnisses, einschließlich der Änderung dieser Klausel, bedürfen der Schriftform.

§ 11 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksamen Bestimmungen sind durch eine dem Sinne und Zweck dieses Vertrages entsprechende neue Bestimmung zu ersetzen.

Mülheim an der Ruhr, den XX

Stadt Mülheim an der Ruhr,
Sicherheitstechnischer Dienst

Firma